

Kurzbericht

über die

OSZE PV

Wintertagung in Wien

19./20. Februar 2004

- *Sitzung des Ständigen Ausschusses*
- *Gemeinsame Sitzungen der drei allgemeinen Ausschüsse*
- *Ausschuss für politische Angelegenheiten und Sicherheit*
- *Ausschuss für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen*

10.3.03

Die dritte Wintertagung der OSZE-Versammlung fand unter Beteiligung von 250 Parlamentariern aus 50 OSZE-Staaten in Wien statt. Schwerpunkte waren die Ansprachen des seit Januar 2004 amtierenden OSZE-Vorsitzenden, des bulgarischen Außenministers Solomon Passy, der einen Überblick über die Prioritäten der bulgarischen Präsidentschaft gab, sowie Berichte des Generalsekretärs Jan Kubis und anderer hochrangiger OSZE-Vertreter. Ferner wurde der Preis für Journalismus und Demokratie an das Komitee zum Schutz von Journalisten (CPJ) verliehen.

Ständiger Ausschuss

Der **Präsident der OSZE PV, Bruce George** (Großbritannien), berichtete über **Aktivitäten** seit der vergangenen Herbsttagung im Oktober 2003, wobei er Besuche in verschiedenen Ländern und einige Wahlbeobachtungen besonders hervorhob. Er plädierte für einen noch intensiveren Dialog mit der OSZE und verwies darauf, dass die Versammlung vom Rat auf die übersandte Erklärung von Rotterdam immer noch eine Reaktion erwarte.

Er habe sich gegenüber der OSZE dafür ausgesprochen, Ressourcen umzuschichten und stärker in Vor-Ort-Aktivitäten wie Feldmissionen etc., Aktionen gegen Antisemitismus einzusetzen.

In der **Präsidiumssitzung**, die am 30. November in Maastricht stattfand, habe man beschlossen, die Jahrestagung in Edinburgh (5. bis 9. Juli 2004) unter dem Thema "Kooperation und Partnerschaft: Die neuen Bedrohungen der Sicherheit bewältigen" abzuhalten. Die **Ministerratstagung** habe sich mit der neuen OSZE-Strategie im 21. Jahrhundert, mit dem Kampf gegen Intoleranz (insbesondere der am 28./29. April in Berlin geplanten Antisemitismuskonferenz), gegen Menschenhandel einschließlich eines Aktionsplans, sowie mit Maßnahmen in der Wirtschafts- und Umweltdimension befasst. Den Vorsitz 2005 werde Slowenien übernehmen, den Vorsitz 2006 Belgien.

Berichte gab es ferner zu **Wahlbeobachtungen** und der Arbeit der **Ad-hoc-Ausschüsse**, u.a. aus der Arbeitsgruppe Belarus, die von Abg. Uta Zapf (SPD) geleitet wird.

Zu weiteren Terminplanungen wurde berichtet, dass der Ständige Ausschuss und das Forum Mittelmeer von 29.09. bis 02.10. in Rhodos tage, 2005 finde die Herbsttagung in Monaco statt. Für 2006 hat Belgien als Vorsitzinhaber zur Jahrestagung eingeladen.

Gemeinsame Sitzung der Allgemeinen Ausschüsse

Einführend bemerkte Präsident **Bruce George**, die herausragende Funktion der OSZE bestehe im Krisenmanagement und in der Konfliktnachbereitung. Dialog sei der Schlüssel für weitere Aktionen, wobei er auf größere Sichtbarkeit der Organisation hoffe und für eine Verbesserung der Entscheidungsprozesse plädiere. Die Zusammenarbeit mit dem Europarat und anderen Organisationen sei sehr wichtig; er betonte ferner die Bedeutung des Dialoges mit den Mittelmeerpartnern.

Der **bulgarische Außenminister und Chairman-in-Office, Solomon Passy**, erläuterte die Prioritäten seines Vorsitizes. Bulgarien setze auf Implementierung und Kontinuität bei der Umsetzung der Maastrichter Beschlüsse (Strategie des 21. Jahrhunderts, Kampf gegen Intoleranz, Menschenhandel, Wirtschafts- und Umweltdimension). Bulgarien werde sich der Umsetzung widmen und keine Fülle von neuen Initiativen entwickeln. Besonders wichtig sei die Zusammenarbeit mit EU, NATO und Europarat. Als Schwerpunktfelder nannte er Bildung und Unterricht. Zur Bedeutung der Erziehung als Schwerpunktthema erläuterte der bulgarische Außenminister, Intoleranz beginne mit einer entsprechenden Prägung in frühen Phasen. Geplant sei ein Seminar in Zentralasien mit allen Bildungsministern. Besonders wichtige Projekte seien die anstehenden Konferenzen zu Antisemitismus (28./29. April 2004 in Berlin), Rassismus (Brüssel) und Internetpropaganda (Paris). Interne Reformen seien ein weiterer Schwerpunkt. Geografisch seien Schwerpunkte der OSZE Mittelasien, Kaukasus, Moldau, Südosteuropa sowie verstärkter Dialog mit den Mittelmeerpartnern.

Bei den anschließenden Fragen und Antworten zum Konsensprinzip sprach sich Passy eindeutig für die Abschaffung des Konsensprinzipes aus und befürwortete eine Regelung mit einfacher Mehrheit. Hier appellierte er an die Parlamentarier, die ihre Regierungen entsprechend beeinflussen könnten. Weitere Fragen betrafen die Umsetzung der Empfehlung der Versammlung zur Minderheitendiskriminierung und die Nachfolge des Medienbeauftragten Freimut Duve. Nur ein Land verweigere noch die Zustimmung. Nach Mitteilung Passys sei die Nachfolgeregelung für Freimut Duve dem Konsens nahe.

Zum Thema Menschenhandel verwies er auf den in Maastricht beschlossenen Aktionsplan. Auf Fragen erläuterte er, der bereits von der Versammlung geforderte Sonderbeauftragte befinde sich im Auswahlprozess, den man bis Ende Februar abzuschließen hoffe.

Abschließend wurde der diesjährige **Medienpreis der OSZE** dem Komitee zum Schutz von Journalisten (CPJ), vertreten durch Ann Cooper, verliehen. Das Komitee setzt sich weltweit für die Pressefreiheit ein. Die Vertreterin erläuterte in ihrer Ansprache, dass die OSZE eine wichtige Botschaft überbracht habe: dass die Journalisten nämlich nicht allein seien in ihrem Kampf für eine freie Presse.

Sitzung des Ausschusses für Politische Angelegenheiten und Sicherheit

Der **Vorsitzende des Ständigen Rates, der bulgarische Botschafter Ivo Petrov**, bewertete den Rat trotz abnehmender Bedeutung - da die meisten Staaten in der EU oder Beitrittskandidaten seien - als Zentrum der Aktivitäten. Seit den neunziger Jahren verstehe die OSZE sich als Wertegemeinschaft. Als aktuelle Themen bezeichnete er die Umsetzung der Maastrichter Beschlüsse, v.a. die Sicherheitsstrategie im 21. Jahrhundert. Out-reach-

Aktivitäten würden mit Kooperationspartnern umgesetzt. Es gebe eine Arbeitsgruppe zu Terrorismus sowie zu den Themen Menschenhandel und Gleichberechtigung. Weiteres Thema war die Nachfolge im Amt des Medienbeauftragten.

Botschafter William Hill berichtete zur **Situation in Moldau**, wobei er schwerpunktmäßig auf den Transnistrien - Konflikt und auf den Abzug der russischen Truppen einging. Der **Berater in Polizeifragen, Richard Monk**, erläuterte, die Arbeit konzentriere sich stark auf den Kaukasus und Zentralasien. Bei Unterstützung in der Polizeiarbeit treffe man auf große Probleme durch Drogen und Extremismus. Zum Ablauf: zunächst würden Bedarfsanalysen in Zusammenarbeit mit den betreffenden Ländern erstellt. Er kritisierte, dass eine Koordination der Unterstützungsleistungen fehle. Von Bedeutung sei neben technischen Unterweisungen auch die Wertekultur in der Polizeiarbeit. Wichtige Projekte stünden in Kirgistan, Kasachstan und im Kaukasus an.

Abschließend erläuterte der **Berichterstatter des politischen Ausschusses, Abg. Clifford Lincoln** (Kanada), kurz die Themen des anstehenden Berichts, der sich u.a. mit Bedrohungen durch den Terrorismus befassen werde. Es müsse einen kooperativen und umfassenden Ansatz geben zur Bekämpfung, der Waffenkontrolle ebenso wie Minderheitengesetze einschließe, Wahlbeobachtungen und andere vor-Ort-Aktivitäten. Nur ein breiter Ansatz, der sich auch mit Menschenhandel und Nicht-Verbreitung von Massenvernichtungswaffen beschäftige, mit Überprüfung und demokratischer Kontrolle von Militärs und Waffen, könne noch Fortschritte erzielen.

Sitzung des Ausschusses für Demokratie und Menschenrechte

Berichterstatterin Nebahat Albayrak (Niederlande) ging auf die in Rotterdam erhobenen Forderungen des Ausschusses ein. Die geforderte Stärkung des Hohen Kommissars für Minderheitenrechte durch eine neue Einheit werde vom Rat umgesetzt.

Rolf Ekeus, Hoher Kommissar für Nationale Minderheiten bei der OSZE, nannte als Grundlage vieler Konflikte Spannungen in den Ländern wegen der nicht funktionierenden Integration von Minderheiten. Sehr aktiv sei der Kommissar in Zentralasien, Georgien und Südosteuropa. Wirtschaftliche Probleme und Arbeitslosigkeit verschärfen die Situation. Alle Länder in Zentralasien müssten Minderheiten stärker einbinden. Die menschliche Dimension spiele als Teil des Sicherheitskonzeptes eine wichtige Rolle. Wichtig seien beispielsweise Bemühungen, die Staatssprache auch den Minderheiten zu vermitteln sowie andererseits den Minderheiten das Recht zuzugestehen, ihre Sprache zu benutzen. Von besonderer Bedeutung sei die angemessene Berücksichtigung von Minderheiten auch bei der Polizeiarbeit.

Der **Leiter des Büros für demokratische Institution und Menschenrechte (ODIHR), Botschafter Christian Strohal** erläuterte die Aktivitäten der Institution, die sich speziell um die menschliche Dimension in der OSZE kümmert. ODIHR ist mit der Beobachtung und Förderung demokratischer Wahlen, der Stärkung demokratischer Institutionen und dem Schutz und der Förderung von Menschenrechten befasst. Strohal berichtete über Erfolge, beispielsweise in Albanien, wo die von ODIHR gegebenen Empfehlungen zu einer Wahlordnung umgesetzt wurden. Der Gender Action-Plan sei bei ODIHR ebenfalls erfolgreich umgesetzt worden; der Frauenanteil betrage 53 %. Beim Menschenhandel gebe es Fortschritte in der Opferhilfe. Zu dieser Thematik werde im September dieses Jahres eine Konferenz in Helsinki stattfinden, von der er weitere Impulse erwarte.

Abschließend trug die **Berichterstatterin Nebahat Albayrak** die Umriss ihres Berichtes für die Jahrestagung vor. Ein erster Entwurf werde im April vorliegen und sowohl die bisherigen

Ansätze weiter verfolgen, als auch neue Ansätze enthalten. Dieses Mal werde der Fokus stärker auf der Resolution liegen. Sie sei stolz darauf, dass die Empfehlungen der Versammlung zum Bereich Menschenhandel, insbesondere die Einrichtung eines Sonderbeauftragten in Maastricht vom Rat beschlossen worden sei. Auch die Empfehlung im Bereich Neue Minderheiten habe der Rat insoweit umgesetzt, als der Hochkommissar für Nationale Minderheiten die Neuen Minderheiten in sein Mandat übernommen habe. Neue Ideen wolle sie zur Rolle der Medien, des öffentlichen Rundfunks und Fernsehens etc., einbringen sowie zur Zusammenarbeit der Parlamente.

Gemeinsame Sitzung der drei Allgemeinen Ausschüsse

Der Generalsekretär der OSZE, Jan Kubis, vertrat die Auffassung, das Konsensprinzip sei nicht notwendigerweise ein großes Problem, wichtiger sei Transparenz bei der Entscheidungsfindung und Kooperation. Der Vorteil des Konsensprinzips sei die Tatsache, dass jeder das Ergebnis akzeptiere, weil es freiwillig zustande gekommen sei. Er würdigte die Bedeutung der Wintertagung der Versammlung mit Beteiligung der OSZE-Institutionen, so dass eine direkte Dialogmöglichkeit geschaffen werde. Beispielsweise beim Haushalt habe die OSZE Punkte übernommen, die die Versammlung eingebracht habe. Er sei offen für eine Teilnahme des Sonderbotschafters Nothelle an allen Sitzungen. Die Kooperation zwischen Versammlung und OSZE entwickle sich stetig; als gute Neuerung betrachte er die Berichte der vor Ort tätigen Institutionen.

Die **Gender-Beauftragte der PV, Tone Tingsgaard** betonte, von einer Gleichberechtigung in der OSZE sei man weit entfernt; im Gegenteil habe sich die Lage seit Rotterdam noch verschlechtert. Auf den drei höchsten Ebenen gebe es nur sieben Prozent Frauen.